

25. November 2022



Steuern + recht newsflash

Wichtige Änderungen in Recht und Gesetz

Jahressteuergesetz 2022 - Einführung einer sog. “Übergewinnsteuer” (EU-Energiekrisenbeitrag) und weitere vorgeschlagene Änderungen

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat dem Finanzausschuss des Bundestages mehrere Formulierungshilfen für seine laufenden Beratungen zum Jahressteuergesetz 2022 (JStG 2022) vorgelegt.

EU-Energiekrisenbeitragseinführungsgesetz – EU-EKBEG

Vorgesehen ist u.a. die Einführung einer befristeten Übergewinnsteuer (EU-Energiekrisenbeitrag) in Umsetzung der diesbezüglichen Vorgaben der EU für einen Solidaritätsbeitrag ([Verordnung \(EU\) 2022/1854](#) des Rates vom 6. Oktober 2022 über Notfallmaßnahmen als Reaktion auf die hohen Energiepreise (vgl. hierzu unseren [Blogbeitrag](#))).

Anwendungsbereich

Dem EU-Energiekrisenbeitrag sollen nach dem vorliegenden Entwurf im Erdöl-, Erdgas-, Kohle- und Raffineriebereich tätige Unternehmen und Betriebsstätten der Union unterliegen, die im maßgebenden Besteuerungszeitraum mindestens 75 Prozent ihres Umsatzes eines Wirtschaftsjahres durch die in der Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates genannten Wirtschaftstätigkeiten in den Bereichen Extraktion, Bergbau, Erdölraffination oder Herstellung von Kokereierzeugnissen erzielen, §§ 1, 2 Abs. 1 EU-EKBEG-E.

Unternehmen im vorgenannten Sinne ist nach § 2 Abs. 2 EKBEG-E jedes gewerbliche Unternehmen, soweit es im Inland betrieben wird, d.h. soweit dafür im Inland eine Betriebsstätte unterhalten wird. Der Inlandsbegriff soll auch die ausschließliche Wirtschaftszone und den Festlandssockel i.S.d. § 1 Absatz 3 KStG mit umfassen. Auf die Rechtsform des Unternehmens soll es nicht ankommen. Im Ergebnis sind damit Einzelunternehmen, Personen- und

Kapitalgesellschaften sowie Betriebsstätten (auch nur beschränkt Steuerpflichtiger) vom EKBEG-E erfasst.

Besteht eine ertragsteuerliche Organschaft, sollen Organträger und Organgesellschaft mit ihrem jeweiligen Gewinn eigenständig dem EU-Energiekrisenbeitrag unterliegen. Dies resultiert aus der Qualifikation des EU-Energiekrisenbeitrags als eigenständige und unabhängig von der Besteuerung nach dem Einkommen- oder Körperschaftsteuergesetz erhobene Steuer.

EU-Energiekrisenbeitrag als Steuer eigener Art

Der EU-Energiekrisenbeitrag soll als eigenständige Steuer i.S.d. AO, befristet und ungeachtet der Besteuerung nach dem Einkommen- oder Körperschaftsteuergesetz erhoben werden. Ihr Aufkommen steht allein dem Bund zu; ihre Verwaltung soll dem Bundeszentralamt für Steuern obliegen.

Als sonstige Personensteuer im Sinne des § 10 Nr. 2 KStG bzw. § 12 Nr. 3 EStG soll der EU-Energiekrisenbeitrag nicht als Betriebsausgabe abziehbar sein, §§ 1 Abs. 3, 4 Abs. 2 EU-EKBEG-E. Verwunderlich ist vor diesem Hintergrund, dass die Entwurfsbegründung bei einer Organgesellschaft allerdings von einer Minderung des dem Organträger zuzurechnenden Einkommens durch deren Energiekrisenbeitrag ausgeht.

Besteuerungszeitraum, Bemessungsgrundlage und Steuersatz

Der EU-Energiekrisenbeitrag soll nach dem vorliegenden Entwurf befristet für 2 Jahre erhoben werden, § 3 Abs. 2 EU-EKBEG-E, und mit Ablauf des jeweiligen Besteuerungszeitraums entstehen, § 3 Abs. 1 EU-EKBEG-E. Besteuerungszeiträume sind das erste nach dem 31. Dezember 2021 beginnende sowie das darauf folgende Wirtschaftsjahr, wobei volle und damit einen Zeitraum von 12 Monaten umfassende Wirtschaftsjahre gemeint sind.

Bemessungsgrundlage für den EU-Energiekrisenbeitrag ist die positive Differenz zwischen dem nach einkommen- oder körperschaftsteuerlichen Vorschriften für den Besteuerungszeitraum ermittelten steuerlichen Gewinn und dem 1,2-fachen des durchschnittlichen steuerlichen Gewinns der nach dem 31. Dezember 2017 beginnenden und vor dem ersten Besteuerungszeitraum endenden Wirtschaftsjahre, bei dem Kalenderjahr entsprechendem Wirtschaftsjahr also der Wirtschaftsjahre 2018 bis 2021, § 4 Abs. 1 S. 1 EU-EKBEG-E. Nach der Entwurfsbegründung soll bei Kapitalgesellschaften als Gewinn der steuerliche Gewinn nach R 7.1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 31 KStR 2022 maßgebend sein, bei Steuerpflichtigen in anderer Rechtsform die dem entsprechende Größe.

Ist der ermittelte **Durchschnittsgewinn** negativ soll er für die Ermittlung der Bemessungsgrundlage mit Null angesetzt werden, § 4 Abs. 1 S. 2 EU-EKBEG-E. Dasselbe soll für den Durchschnittsgewinn eines Unternehmens gelten, dessen Gewinn nach dem 31. Dezember 2021 erstmals der Einkommen- oder Körperschaftsteuer unterliegt (etwa bei Neugründung), § 4 Abs. 1 Satz. 3 EU-EKBEG-E.

Der steuerliche Gewinn soll in folgenden Fällen modifiziert werden:

- **Gewinnanteile aus ausländischen Betriebsstätten** sollen dann aus der Bemessungsgrundlage gekürzt werden, wenn auf diese Gewinnanteile ein Solidaritätsbeitrag oder eine Abgabe aufgrund einer gleichwertigen nationalen Maßnahme i.S.v. Art. 14 Abs. 1 der Verordnung (EU) 2022/1854 erhoben wurde, § 4 Abs. 1 S. 4 EU-EKBEG-E. Gleiches soll auch für **Hinzurechnungsbeträge** im Sinne des § 10 Abs. 2 AStG gelten.
- **Anteile am Gewinn in- oder ausländischer Mitunternehmensschaften** sind aus der Bemessungsgrundlage zu kürzen, wenn diese selbst die Tatbestandsvoraussetzungen des § 2 EU-EKBEG-E für den EU-Energiekrisenbeitrag erfüllen, § 4 Abs. 2 S. 2 EU-EKBEG-E.

Weist das Unternehmen nach, dass der positive Differenzbetrag als Bemessungsgrundlage für den EU-Energiekrisenbeitrag ganz oder zum Teil **Folge einer Umwandlung** ist, soll die Bemessungsgrundlage entsprechend zu korrigieren sein, § 4 Abs. 2 Satz. 1 EU-EKBEG-E. Maßgebend sollen diesbezüglich nach der Entwurfsbegründung die Verhältnisse im Einzelfall sein.

Der **Steuersatz soll 33% betragen** und damit dem Mindestsatz nach Art. 16 Abs. 1 der Verordnung (EU) 2022/1854 entsprechen.

Verfahrensfragen

Betroffene Unternehmen müssen den von ihnen ermittelten EU-Energiekrisenbeitrag spätestens im Zeitpunkt der Abgabe der Einkommen- oder Körperschaftsteuererklärung bzw. der Erklärung zur gesonderten Feststellung von Besteuerungsgrundlagen beim Bundeszentralamt für Steuern anmelden, § 6 Abs. 1 EU-EKBEG-E. Der Beitrag ist spätestens am 10. Tag nach Abgabe der Steueranmeldung fällig und zu entrichten, § 6 Abs. 2 EU-EKBEG-E.

Beispiel

Die im Erdölsektor tätige A-GmbH, deren Wirtschaftsjahr dem Kalenderjahr entspricht, erzielte in den Jahren 2018 - 2021 einen steuerlichen Gewinn von durchschnittlich 100 (100 in 2018, 110 in 2019, 90 in 2020 und 100 in 2021). Im Jahr 2022 erzielt die A-GmbH einen steuerlichen Gewinn von 130. Die Bemessungsgrundlage für den Energiekrisenbeitrag beträgt 10 ($130 - 100 \cdot 1.2$). Der Beitrag beträgt 3.30 (33% von 10). Dieser ist seitens der A-GmbH selbstständig zu errechnen und beim BZSt anzumelden. Neben dem Beitrag fällt auf den Übergewinn weiterhin auch Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer an, sodass dieser Teil des steuerlichen Gewinns einer Gesamtbelastung von regelmäßig über 60% unterliegt.

Ausweitung des § 27 Abs. 8 KStG auf Drittstaatenfälle

Neben der Einführung einer Übergewinnsteuer soll im Rahmen des JStG 2022 auf Initiative des Bundesrates (vgl. hierzu unseren [Blogbeitrag](#)) auch § 27 Abs. 8 KStG überarbeitet und auf Leistungen und Nennkapitalrückzahlungen von Drittstaaten-Körperschaften und -Personenvereinigungen ausgedehnt werden.

Die gesetzliche Neuregelung soll erstmals für Leistungen und Nennkapitalrückzahlungen gelten, die nach dem 31.12.2022 erbracht werden.

Weitere Änderungen

Die weiteren Formulierungsvorschläge für die laufenden Beratungen des Finanzausschusses des Bundestages sehen u.a. vor:

- die Einführung einer an die GWG-Grenze von derzeit 800 Euro gekoppelten gesetzlichen Wesentlichkeitsschwelle, bis zu der von der Bildung aktiver und passiver Rechnungsabgrenzungsposten im Sinne des § 5 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 und 2 EStG abgesehen werden kann,
- eine Ausdehnung der im Rahmen des ATADUmsG in § 6 Abs. 2 Satz 4 AStG eingeführten fiktiven unbeschränkten Steuerpflicht in Rückkehrfällen auf Rückkehrerfälle nach § 6 Abs. 3 AStG in seiner bis zum 30.6.2021 geltenden Fassung,
- eine Neufassung der Übergangsregelung in § 21 Abs. 3 Satz 1 AStG bzgl. des Übergangs von der Alt- hin zur Neufassung des § 6 AStG.

Ausblick

Der Finanzausschuss des Bundestages wird am 28.11.2022 erneut eine öffentliche Anhörung abhalten. Bis zum 30.11.2022 sollen seine Beratungen zum JStG 2022 abgeschlossen werden und in einer Beschlussempfehlung münden. Im Anschluss müssen noch Bundestag (nach derzeitigem Zeitplan am 2.12.2022) und Bundesrat dem Gesetz zustimmen.

Noch Fragen?

Dann sprechen Sie bitte Ihren PwC-Berater an oder senden Sie eine E-Mail.

E-MAIL SENDEN

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer für Sie tätigen Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.



Bestellung

Wenn Sie einen PwC-Newsletter bestellen, speichern und verarbeiten wir Ihre E-Mail-Adresse zum Zweck des Versands des von Ihnen abonnierten Newsletters.

Für neue Interessenten besteht die Möglichkeit, sich über den folgenden Link als Abonnent registrieren zu lassen:

ANMELDEN

Redaktion

Gabriele Nimmrichter
PricewaterhouseCoopers GmbH
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
60327 Frankfurt am Main
Tel.: (0 69) 95 85-5680
gabriele.nimmrichter@pwc.com

Gunnar Tetzlaff
PricewaterhouseCoopers GmbH
Fuhrberger Straße 5
30625 Hannover
Tel.: (0 511) 53 57-3242
gunnar.tetzlaff@pwc.com

Datenschutz

Die Datenverarbeitung für den Versand des Newsletters erfolgt aufgrund der Grundlage Ihrer Einwilligung. Sie können den Newsletter jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen und Ihre Einwilligung damit widerrufen

© 2022 PwC. All rights reserved. PwC refers to the PwC network and/or one or more of its member firms, each of which is a separate entity.

Please see www.pwc.com/structure for further details.